



Stadtverwaltung Eisenach
Oberbürgermeisterin Wolf
Markt 2-4

99817 Eisenach

NPD-Fraktion Eisenach
Postfach 10 16 39
99806 Eisenach

Eisenach, den 18.06.2014

Dringlichkeitsantrag: Überprüfung aller Schulen auf gesundheitsgefährdende Stoffe

Beschlussvorschlag:

1. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, bis zum 31.12.2014 alle Schulen in Trägerschaft der Stadt Eisenach auf gesundheitsgefährdende Stoffe zu überprüfen.
2. Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, alle Eisenacher Schulen in freier Trägerschaft um eine Überprüfung auf gesundheitsgefährdende Stoffe zu bitten und die Hilfe der Verwaltung anzubieten.

Begründung:

Die chemische Reaktion, welche Auslöser für die Geruchsbelästigungen und Überschreitungen der Naphthalin-Richtwerte gewesen ist, erfolgte erst nach rund drei Jahren. In anderen bekanntgewordenen Fällen in Thüringen und der gesamten Bundesrepublik traten erst nach Jahrzehnten die gefährlichen Stoffe und Gifte zutage und hatten in diesen Fällen dieselben Auswirkungen wie in der Wartburgschule (bspw. eine Berufsschule in Gera; hier leiden bis heute Menschen unter den Spätfolgen).

Der Fall der Wartburgschule sollte zu präventivem Handeln seitens der Stadtverwaltung führen. Es müssen geeignete Maßnahmen ergriffen werden, die erkennen lassen, ob auch an anderen Schulen ein Risiko entstehender chemischer Reaktionen oder austretender Gifte besteht. Dadurch könnten weitere Fälle im Vorfeld verhindert werden und damit auch potentielle Gesundheitsschädigungen bei Lehrern und Schülern als auch eventuelle Schadensersatzforderungen gegenüber der Stadt als Schulträger.

Die Maßnahmen sind umgehend geboten. Deshalb ist die Dringlichkeit des Antrages gegeben.

Entstehende Kosten sind aus dem Budget des Optimierten Regiebetriebes zu decken.

Aus Sicht der NPD-Fraktion wäre auch geboten, seitens der Oberbürgermeisterin Antwort auf folgende drängende Fragen zu geben. Durch die Gerüchte, die derzeit im Umlauf sind, als auch die bislang unausgeräumte Vermutung, daß es zu Fehlverhalten in der Verwaltung gekommen ist, entsteht ein politischer Schaden für die Oberbürgermeisterin und damit die Stadt Eisenach, die ebenfalls abzuwenden wäre.



1. Seit wann waren der Oberbürgermeisterin / Stadtverwaltung die Geruchsbelästigungen exakt bekannt?

Begründung: Hierüber gibt es widersprüchliche Angaben.

2. Wann wurden die Messungen jeweils (Unfallkasse & Dr. Roland Fischer) in Auftrag gegeben und wann durchgeführt? Wann lagen (wie z.B. im Fall der Oststadtschule) eventuelle Zwischenergebnisse vor und an welchem Tag waren die Endergebnisse jeweils bekannt? Wurde in den acht Stunden vor oder während der Messungen gelüftet?

Begründung: Nach Angaben von Katja Wolf auf Facebook wurde die „erste Messung“ am 20.2.14 beauftragt. Erst am 16.5.14 erfolgte über das Elektronische Amtsblatt der Stadt Eisenach die Information der Öffentlichkeit, wonach der Klassenraum 305 gesperrt worden sei. Zu diesem Zeitpunkt lagen laut derselben Mitteilung bereits Meßergebnisse vor. Wenn, wie in der Informationsveranstaltung mit den Eltern zutage gefördert worden sein soll, die Geruchsbelästigungen bereits im Januar bekannt gewesen sein sollen, stellt sich hier die Frage zunächst danach, wieso, besonders nach den Vorkommnissen in der Oststadtschule, die Messung erst Ende Februar beauftragt wurde und auch, wieso es in diesem Fall solange dauerte, bis erste Ergebnisse bekannt gemacht wurden. Zudem ist auch von Belang, ob die Messungen der Unfallkasse und deren Ergebnisse nicht bereits ausgereicht hätten, um die nun begonnenen Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Im Fall der Oststadtschule vergingen zwischen der Beauftragung der Messung und Mitteilung der Ergebnisse nicht einmal zwei Monate.

Kommt es acht Stunden vor oder während der Messungen zu Lüftungen, sind die Ergebnisse gegebenenfalls verfälscht.

3. Gab oder gibt es Vorgaben des Landes oder anderer übergeordneter Behörden für die Sanierung von Schulen hinsichtlich der Verwendung oder des Weiterverbleibs gesundheitsgefährdender Stoffe?

Begründung: In Thüringen ist der Fall der Wartburgschule kein Einzelfall. Unter anderem an einer Berufsschule in Gera traten ebensolche Geruchsbelästigungen und Krankheitsfälle mit demselben Ergebnis, der Überschreitung des Richtwertes II im Hinblick auf die gemessene Konzentration von Naphthalin/Naphthalin-ähnlichen Stoffen in der Luft, auf. Es drängt sich hier die Frage auf, warum solche Vorkommnisse nicht zu einem generellen Handeln führen. Wieso wurden nicht landesweit alle Schulen einer entsprechenden Untersuchung unterzogen? Wieso wurden im Zusammenhang mit dem Konjunkturpaket II, das wie im Fall der Wartburgschule zu Sanierung von Schulen verwendet wurde, derartige Erfahrungswerte nicht einbezogen und bei der Sanierung berücksichtigt? Hätte dadurch eventuell eine Reaktion alter Stoffe und neuer bei der Sanierung zur Anwendung gekommener Baustoffe, welche mutmaßlich der Auslöser gewesen sind, gegebenenfalls verhindert werden können? Zu berichten wäre auch, warum zwischen den alten und neuen Bodenbelägen keine Sperrschicht zur Anwendung kam, die eine chemische Reaktion verhindert hätte. Wurde hier an der falschen Stelle gespart? Wurden alle geltenden Normen und Richtlinien bei der Sanierung beachtet?



4. Wer haftet für eventuelle Gesundheitsschäden und die Kosten der Sanierung?

Begründung: Gerade vor dem Hintergrund der in Punkt 3. aufgeführten Gründe stellt sich die Frage der unmittelbaren und mittelbaren Verantwortung für den Vorfall und seine Folgen. Natürlich wird die Stadt als Schulträger herangezogen. Hinsichtlich der Stadt ist nun vor allem jedoch zu prüfen, ob jeweils zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Maßnahmen ergriffen und die entsprechenden Informationen den Betroffenen zugänglich gemacht worden sind. Hinsichtlich übergeordneter Behörden ist jedoch die Frage aufzuwerfen, ob es besonders im Hinblick auf die grundhafte Sanierung der Schule hätte soweit kommen dürfen oder ob dies nicht mit der Sanierung hätte verhindert werden können. Fraglich ist zudem, ob es nicht auch den Verantwortlichen in der Verwaltung im Zusammenhang mit der Ausschreibung und Sanierung der Wartburgschule möglich gewesen wäre, die potentielle Gefahr zu erkennen und zu vermeiden.

5. Woher stammt die Erkenntnis der Oberbürgermeisterin, wonach zu keinem Zeitpunkt Gesundheitsgefährdungen bestanden haben (vgl. TA v. 12.9.14)? Wie viele Krankschreibungen von Lehrpersonal und Schülern hat es seit Auftreten der Gerüche wegen typischer Symptome, wie Atemwegsbeschwerden, gegeben?

Begründung: In anderen bekanntgewordenen Fällen, wie dem genannten in Gera, gab es gesundheitliche Beeinträchtigungen bis hin zu Langzeitschäden. Bekannt ist zudem, daß ein dauerhafter Aufenthalt in solch belastenden Räumen bei empfindlichen Menschen gesundheitsbeeinträchtigende Reaktionen entstehen können. Mehrere Kinder klagen bereits über typische Symptome. Zwei Lehrer sollen an seltenen Krebsarten erkrankt sein. In diesen Fällen wird ein Zusammenhang mit den überhöhten Naphthalin-Werten nicht ausgeschlossen. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten ihre Aussage zu begründen.

6. Wann wird es an allen Eisenacher Schulen entsprechende Untersuchungen geben und welche Kosten werden damit verbunden sein?

Begründung: Viele bislang in der Bundesrepublik bekannt gewordenen Fälle belegen, daß die Geruchsbelästigungen und vor allem die Überschreitungen der genannten Richtwerte erst nach vielen Jahren oder wie im vorliegenden Fall erst nach chemischen Reaktionsprozessen auftreten. Vorsorglich empfiehlt es sich, an allen Schulen entsprechende Proben zu nehmen um ggf. vorsorglich zu handeln.

Zusammenfassung der Fragen:

Die Gerüchteküche in der Stadt tobt und die emotionalen Wellen, bsd. der Betroffenen, schlagen hoch. Unter anderem heißt es, daß aus wahlkampfaktischen Gründen erst nach der Landtagswahl eine vollumfängliche Information an die Eltern erfolgte. Dem kann nur durch volle Transparenz und Aufklärung über alle mit dem Fall verbundenen Abläufe und Handlungen begegnet werden. Eltern, Schüler und Stadträte haben ein Recht darauf, hier auch im Nachgang ausreichend informiert zu werden.





Hinterfragt werden muß in diesem Zusammenhang auch das generelle Krisen- und Informationsmanagement des zuständigen Dezernates. In Erinnerung zu rufen wären hier die auftretenden Defizite beim Versand der Bescheide für die Kindergartengebühren.

Ermittelt werden muß aber auch, ob der Fall nicht hätte verhindert werden können. Vor dem Hintergrund vieler anderer gleichartiger Fälle stellt sich durchaus die Frage, warum dies bei der Sanierung der Schule nicht berücksichtigt wurde.

Für die Fraktion:

Patrick Wieschke

